Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 14. Wahlperiode, 1995-1996

23.06.1998 - Drucksache 14/1057

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
14. Wahlperiode

Drucksache 14/1057
(Neufassung der Drs. 14/1030)
23. 06. 98

Antrag der Fraktionen der AFB und Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Bremer Offensive für eine Reform der beruflichen Bildung

Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest:

Tiefgreifende strukturelle Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft fordern umfassende Reformen der beruflichen Aus- und Weiterbildung bzw. des Bildungssystems insgesamt. Eine Modernisierung des Berufsbildungssystems wird zu einer Verbesserung der aktuellen Probleme des Ausbildungsmarktes und der sich verschärfenden Jugendarbeitslosigkeit beitragen.

Die Qualifikation der Erwerbstätigen ist für das Oberzentrum Bremen und den Wirtschaftsstandort Deutschland von großer Bedeutung. So unbestritten der hohe Standard der dualen Berufsausbildung ist, so unbestritten ist auch, daß wir einen Modernitätsrückstand in der Ausbildung haben. Eine zukunftsorientierte Ausbildung muß diesen Modernitätsrückstand überwinden, neue qualitative Standards schaffen und damit die Ausbildung den wirtschaftlichen, technisch-organisatorischen und gesellschaftlichen Erfordernissen anpassen. In diesem Zusammenhang lassen sich auch Qualifikationen vermitteln, wie z. B. Team-, Analyse- und Entscheidungsfähigkeit.

Die duale Berufsausbildung enthält die richtigen Ansätze, aber sie muß für neue Herausforderungen weiterentwickelt werden. Eine umfassende Reform ist notwendig, um die Zahl der Ausbildungsplätze zu erhöhen und damit einen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu leisten. Auszubildende und Berufstätige müssen auf das „long life learning" vorbereitet werden und eine bestmögliche Qualifizierung für einen flexiblen Berufseinsatz bekommen.

Deshalb sollte das duale System zu einem kooperativen dualen System umgestaltet werden, das die Lernorte Betrieb und Schule eng verzahnt und damit eine ganzheitliche Ausbildung ermöglicht.

Vor diesem Hintergrund fordert die Bürgerschaft (Landtag) den Senat auf,

— die Partner im dualen System der Berufsausbildung anzuregen und zu unterstützen. In einen innovativen regionalen Berufsbildungsdialog einzutreten, um Maßnahmen zu einer verstärkten Kooperation und Abstimmung in der dualen Berufsausbildung zu vereinbaren.

— den Ansatz der Ausbildungsverbünde und der Ausbildungspartnerschaften methodisch und inhaltlich zu entwickeln und so die bisherige Praxis der additiven Lernortkombination zugunsten eines Systems integrierter Ausbildungsverbünde abzulösen. Die beruflichen Schulen sollen ihre Ressourcen in ein solches Vorhaben einbringen und die Rolle des koordinierenden Regiepartners im Ausbildungsverbund wahrnehmen. Ein besonderer Schwerpunkt soll auf Ausbildungsverbünde gelegt werden, deren Eigentümerinnen und Eigentümer ausländischer Herkunft sind. Für sie könnten Ausbildungsverbünde eine hervorragende Chance bieten, in Kooperation mit Unternehmen deutscher Eigentümerinnen und Eigentümer stärker in das System der dualen Berufsausbildung einzusteigen und so ihre Stellung in den Kammern zu verbessern. Dafür sind inhaltliche, organisatorische und rechtliche Formen zu entwickeln, um die entsprechenden Organisationsprozesse anzuschieben.

— auf der Grundlage geltender Ordnungsmittel der Berufsausbildung lernortübergreifende Ausbildungspläne und gemeinsame Lern- und Ausbildungsprojekte

zur Verbesserung der Lernortkooperation entwickeln zu lassen und zu erproben und dabei Erfahrungen aus Modellprojekten (z. B. „GoLo" in Wilhelmshaven und „Konsil" in Bremen) zu nutzen.

— gemeiname Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen von betrieblichen Ausbildern und Lehrerinnen und Lehrern beruflicher Schulen zur Modernisierung der Berufsausbildung und zur Verbesserung der Lernortkooperation zu fördern und zu finanzieren.

— verstärkt betriebliche Praktika für Berufsschullehrerinnen und -lehrer zu ermöglichen und dafür die Voraussetzungen zu schaffen.

— die Berufsschulen im Land Bremen umfassend mit modernen Medien und Informationstechniken auszustatten, um multimediales Lernen und neue Lernkonzepte in der Berufsausbildung einzuführen. Die dafür erforderliche Lehrerfortbildung ist zu organisieren.

— das Beratungsangebot für die Unternehmen und die Auszubildenden zu verbessern, um so Ausbildungsabbrüche zu verhindern. Insbesondere die beruflichen Schulen müssen das erste Quartal der Berufsausbildung mehr als bisher als einen Einstieg der Jugendlichen in einen für sie völlig neuen Lebensabschnitt mit hohen Anforderungen begreifen und ihr Unterrichtsangebot besser auf diese Situation ausrichten.

Dr. Fuchs, Elke Kröning und Fraktion der AFB

Zachau, Mützelburg und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Druck: Anker-Druck Bremen